

ANFRAGE von Urs Hans (Grüne, Turbenthal)

betreffend Transparenz über die Inhaltstoffe von Pestiziden

Heute, also im digitalen Zeitalter, ist es immer noch so, dass weder Bauern noch Öffentlichkeit und Konsumenten die exakte Zusammensetzung von Pestiziden wissen dürfen. Die teils emotionalen Diskussionen rund um die Trinkwasserinitiative beweisen es, über die Ursachen der Problematik wird bewusst gar nicht gesprochen. Die Bauern und die Ausbilder der konventionellen Schullandwirtschaft reden über ihre produzierende Landwirtschaft, ohne zu erwähnen, dass sie dabei Giftgemische einsetzen, deren Inhalt sie selber nicht kennen. Die Pestizidindustrie redet die ganze Zeit nur von Pflanzenschutz, ohne zu erwähnen, dass sie mittels hochtoxischer Rückstände aus der Petrochemie in erster Linie unliebsame Pflanzen vergiftet und dabei Kollateralschäden in Kauf nimmt. Die Bewilligungsbehörde, unser Bundesamt für Landwirtschaft, wiederum erteilt Zulassungen für Pestizide aufgrund der Beurteilung von firmeneigenen Papieren, ohne diese Substanzen selbstje exakt getestet zu haben, und legt, ohne den ganzen Inhalt der Pestizide selbst zu kennen, Schwellenwerte für Rückstände auf Nutzpflanzen, in Nahrungsmitteln und im Trinkwasser fest. Das Fragwürdigste an der Geheimniskrämerei ist der Umstand, dass sich die Bewilligungen praktisch ausschliesslich auf den sogenannten aktiven Wirkstoff beziehen und nicht auf die gesamte Brühe, weil die Firmen die in den Formulierungen enthaltenen hochtoxischen Adjuvantien nicht deklarieren müssen. Bei den meisten Pestiziden ist es sogar so, dass diese aktiven Wirkstoffe relativ harmlos sind und nur zusammen mit den Formulierungen aktiv werden können. Die von der Industrie geschickt gelenkte Berichterstattung über das Glyphosat in allen Medien ist eine klare Irreführung. Nicht das Glyphosat bedeutet die grösste Gefahr für die Gesundheit, sondern die hochtoxischen nicht deklarierten Adjuvantien im Roundup von Monsanto und anderer Firmen gefährden die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt. Die viel beachtete Studie von Gille Eric Seralini, Nicolas Defarge, J. Spiruox de Vendômois und weiteren Forschern hatte bewiesen, dass Glyphosat alleine Unkräutern praktisch nichts anhaben konnte, dass aber die Formulierungen einerseits und das ganze Gemenge andererseits zum sofortigen Absterben der Pflanzen führte. Bei den Untersuchungen der einzelnen Adjuvantien stiessen sie unter anderem auf Arsen, Kobalt, Nickel und weitere Schwermetallen.

Das massive Sperrfeuer der Industrie gegen diese Studie und die persönlichen Anfeindungen und Drohungen gegen deren Autoren änderten nichts an deren klaren Aussagen. Wir haben keine unabhängige, nach wissenschaftlichen Kriterien arbeitende Instanz in der Schweiz zur Bewilligung von Pestiziden.

Die Geschichte beweist dies eindrücklich. Das DDT wurde damals bewilligt obwohl eine seriöse Untersuchung dieses nimmer zugelassen hätte. Es wurde Anfang der sechziger Jahre erst verboten, als es in den USA zu immer mehr Lähmungserscheinungen beim Menschen kam. DDT wurde mitunter in Schulzimmern und an Stränden verwendet, um Mücken fernzuhalten. Das Totalherbizid Gesaprim von Ciba-Geigy wurde in den siebziger Jahren in der Schweiz erst aus dem Verkehr gezogen, nachdem die EU es wegen krebserregender Wirkung verboten hatte. Die Neonikotinoide wurden in Frankreich schon lange verboten, weil in vielen Regionen die Bienen förmlich dezimiert wurden damit. Das Bundesamt für Landwirtschaft zögerte sehr lange, dies nachzuvollziehen. Heute haben wir in der Schweiz plötzlich den Hype um das Pilzgift Chlorothalonil, weil es in der EU ebenfalls verboten wurde. Und nun findet man im Trinkwasser plötzlich überall Rückstände davon. Wo waren da unsere Bewilligungsbehörden? Beim Roundup, dem für die Industrie und die Schullandwirtschaft wichtigsten Pestizid, läuft es genauso. Scienceindustries, der Lobbyverband der Pestizid- und der Pharmaindustrie, kämpft gemeinsam mit dem Bundesamt für Landwirtschaft für den Erhalt der Zulassung und macht weiter auf Verharmlosung. Sie

gestaltet auch das Wording für Politik und Presse. Nachdem die Internationale Agentur für Krebsforschung IARC im März verlauten liess, dass Roundup wahrscheinlich krebserregend sei, machten alle lange Gesichter. Dabei sagte diese nur das, was alle längst vermuteten. Hätte sie gesagt, es sei krebserregend, was ebenfalls alle vermuten und von vielen Studien bestätigt wird, so hätte dies ein ökonomisches Erdbeben weltweit ausgelöst.

Generell kann man sagen, dass, wenn ein Pestizid in den USA zugelassen wird, dies praktisch alle westlichen Länder nachvollziehen, obwohl allen bekannt ist, dass deren Zulassungsbehörden von ehemaligen Industrievertretern durchsetzt sind. Heute klagen viele Anwender in den USA, weil sie nach dem Kontakt mit Roundup an Krebs erkrankt sind, gegen Monsanto. In drei Verfahren haben Gerichte in Kalifornien, aufgrund von öffentlich einsehbaren Studien den Betroffenen hohe Entschädigungen zu gesprochen. Die Zulassung von Pestiziden in der Schweiz erfolgt ganz klar nicht nach gesundheitspolitischen Kriterien, sondern nach volkswirtschaftlichen Kriterien.

Ich denke, Gesundheit ist unser höchstes Gut und der Staat hat gemäss Verfassung die Pflicht, diese für jedes Individuum zu schützen. Solange die Bundesverwaltung aufgrund der Einflussnahme von Lobbygruppen nicht imstande ist, dies zu garantieren, hat unser Kanton Zürich eine besondere Verantwortung, dies für seine Bürger selbst zu tun. Wozu haben wir ein Kantonslabor, solange diesem untersagt wird, alle Mittel, welche freigesetzt werden, auf alle darin enthaltenen toxischen Substanzen hin zu untersuchen und diese publik zu machen. Bauern, welche diese toxischen Substanzen anwenden, wie auch alle Konsumenten, welche diesen ausgesetzt werden, haben ein legitimes Recht, lückenlos informiert zu werden. Wie sonst sollen die Bürger ihre demokratischen Rechte wahrnehmen können bezüglich Lebensmitteln und Trinkwasser?

1. Wie gedenkt der Kanton Zürich, in dieser verfahrenen Situation beim Bund seiner eigenen Pflicht nachzukommen, die Gesundheit seiner Bürger kurzfristig zu schützen?
2. Wie gedenkt der Kanton Zürich als stärkster Wirtschaftskanton in Bern seine Kraft mittelfristig einzusetzen, um für sichere wissenschaftlich unabhängige Zulassungsverfahren von Pestiziden zu sorgen und um alle erteilten Bewilligungen in diesem Sinne neu zu überprüfen?
3. Wie gedenkt der Kanton Zürich damit umzugehen, dass die Bundesverwaltung nicht oder schlecht getestete Mittel zugelassen hatte, welche von Anfang an gesundheitsschädlich waren? Die bekannte Ausrede, «zum damaligen Stande der Wissenschaft, habe man dies nicht wissen können», kann ja wohl hier nicht angebracht werden.
4. Wie gedenkt der Kanton Zürich dafür zu sorgen, dass Geschädigten keine juristischen Hürden in den Weg gelegt werden, um gegen diese Behörden zu klagen und zu ihrem Recht zu kommen?
5. Wie gedenkt der Kanton Zürich dafür zu sorgen, dass nicht ständig die Bauern zu Sündenböcken gestempelt werden, solange sie genau das machen, was an den Kantonalen Landwirtschaftsschulen gelehrt wird?
6. Wie gedenkt der Kanton Zürich dafür zu sorgen, dass die Ausbildung der Agronomen nicht mehr von der Agroindustrie gelenkt wird, wie dies heute an der ETH der Fall ist?
7. Wie gedenkt der Kanton Zürich dafür zu sorgen, dass der Biolandbau in Forschung und Lehre umgehend mindestens der heutigen Schullandwirtschaft finanziell gleichgestellt wird?
8. Wie stellt sich der Kanton Zürich dazu, dass sein eigenes Amt für Landschaft und Natur in einem Schreiben an die Landwirte den Kampf gegen die Trinkwasserinitiative als wichtigste Aufgabe für dieses Jahr bezeichnete?